

Wird Deutschland eine illiberale Demokratie?

Die Regierung in Berlin setzt den Geheimdienst auf die erfolgreiche Opposition an. Amerikas Außenminister bezeichnet die Mobilmachung gegen die AfD als «verdeckte Tyrannei». Auch führende deutsche Staatsrechtler erheben schwere Vorwürfe.

Philipp Gut

Verwundert blickt die Welt nach Berlin: Das Bundesamt für Verfassungsschutz, also der Inlandgeheimdienst, stuft die Alternative für Deutschland (AfD) als «gesichert rechtsextremistisch» ein, gibt sich so weitere Vollmachten für Überwachung und Informationsbeschaffung und beflügelt damit die Diskussion über ein Verbot der Partei. Bereits nimmt der Druck zu: Der Bremer Senat solle im Bund auf ein AfD-Verbotsverfahren hinwirken, fordern SPD, Grüne und Linke in einem gemeinsamen Antrag. Zusätzlich solle Bremen auch im Bundesrat eine Verbotsinitiative starten, wie am Montag bekannt wurde.

Die AfD lässt das nicht auf sich sitzen. Sie reichte gegen die Einstufung des Verfassungsschutzes Klage beim zuständigen Verwaltungsgericht Köln ein, das bereits 2022 die Bespitzelung der Partei als Verdachtsfall gutgeheissen hatte. In einem ergänzenden Eilantrag fordert die AfD, die Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise der Verfassungsschutz hätten es zu unterlassen, sie als «gesichert rechtsextremistische Bestrebung» einzuordnen, zu beobachten, zu behandeln, zu prüfen und/oder zu führen.

Faeser «gesichert inkompetent»

Die regierungsamtliche Ranküne gegen die erfolgreiche Opposition, die in Umfragen ähnliche Beliebtheitswerte erzielt wie die CDU des neuen Kanzlers Friedrich Merz, hat heftige Reaktionen provoziert. «Auf Weisung <von oben> will man uns als politische Konkurrenz und die Meinungsfreiheit ausschalten», sagte die AfD-Vorsitzende Alice Weidel. Die *Bild*-Zeitung nannte die federführende Ex-Innenministerin Nancy Faeser (SPD) «gesichert inkompetent». In ihrer Amtszeit seien fast eine Million illegale Migranten nach Deutschland gekommen. «Weil sie die AfD politisch nicht kleinkriegen konnte, versucht Faeser es nun mit staatlichen Mitteln.»

Kritik kommt auch aus dem Ausland, von prominenten Absendern. «Deutschland hat seiner Spionagebehörde gerade neue Befugnisse zur Überwachung der Opposition erteilt. Das ist keine Demokratie – es ist verdeckte Tyrannei», schrieb der amerikanische Außenminister Marco

Rubio auf X. Wirklich extremistisch sei nicht die AfD, sondern «die tödliche Einwanderungspolitik des Establishments mit offenen Grenzen, die die AfD ablehnt». Auch Donald Trumps Vize J. D. Vance findet deutliche Worte: Die AfD sei «die populärste Partei in Deutschland und bei weitem die repräsentativste für Ostdeutschland». Jetzt versuchten «die Bürokraten», sie zu «zerstören» und eine neue Mauer zu bauen. Ein Verbot der AfD wäre ein «extremer Angriff auf die Demokratie», meint auch Elon Musk. Und Ungarns Regierungschef Viktor Orbán fragt: «Was zur Hölle ist da los in Deutschland?»

Tatsächlich stellen sich Fragen, die man angesichts der einschneidenden Vorgänge in der notwendigen Schärfe formulieren muss. Sie beginnen beim Zeitpunkt: Ist es Zufall, dass die abgewählte Bundesregierung unter Olaf Scholz (SPD) quasi als letzte Amtshandlung noch rasch diese Attacke auf die AfD lanciert, bevor sie sich in die staubigen Spalten der Geschichtsbücher verkriecht? Oder war es ein erfolgloser Steilpass auf den «Brandmauer»-Prediger Merz, der fürchten muss, dass ihm die Alternative den Rang abläuft? Und wie steht es – einige Beobachtungsebenen höher – um den Rechtsstaat Deutschland, wenn die Regierung mit so schwerem Geschütz gegen ihre Herausforderin schießt oder schießen lässt?

Schon die von ihr unterstützten Demonstrationen «gegen rechts» nährten den Verdacht, dass es ihr weniger um ernsthafte Sorgen um den Fortbestand der Republik als vielmehr darum gehe, sich eine politisch gefährlich gewordene

Wie der Verfassungsschutz in diesem Fall vorgehe, sei «strafbar», sagt Professor Dietrich Murswiek.

Mitbewerberin vom Leib zu halten. Darauf spielt auch FPÖ-Chef Herbert Kickl an: «Wenn es bei demokratischen Wahlen nicht mehr so klappt und die Bevölkerung sich erlaubt, anderer Meinung zu sein als eine von den Sorgen und Bedürfnissen der eigenen Bürger vollkommen abgekoppelte und ignorante Politikaste, greift das System zu anderen Methoden.» Man kenne das

aus Frankreich, aus Rumänien, aus Polen, aus Ungarn. Und jetzt also auch aus Deutschland.

Fette Fragezeichen sind auch hinter das pseudojuristische Verfahren und dessen mediale Vermittlung zu setzen: Das 1100-seitige Gutachten wird als so geheim klassifiziert, dass selbst die betroffene AfD es nicht einsehen darf. Trotzdem wurden dessen Inhalte von Faeser und ihren Helfershelfern gezielt an die Öffentlichkeit gespielt. Die Beschuldigte muss sich also gegen Vorwürfe verteidigen, die sie gar nicht genau kennt. «Ganz Deutschland diskutiert über einen Bericht, den keiner gelesen hat», stellt der *Focus* fest.

Willkommen bei den Honeckers

Die Frage, die man schon im juristischen Vorkurs behandelt, drängt sich auf: Wie steht es mit dem rechtlichen Gehör? Ist dieser fundamentale Rechtsgrundsatz ausser Kraft, wenn die Geheimagenten der Regierung gegen die stärkste Oppositionspartei im Land ermitteln und die abtretende Bundesinnenministerin sich spreizend zum Sprachrohr einer neuen, diesmal bundesrepublikanischen Stasi macht? Willkommen bei den Honeckers. Willkommen im Schnüffel- und Gesinnungsstaat.

Wobei – noch dubioser – es offenbar Ausnahmen gibt. Im ARD-«Presseclub» verriet die stellvertretende *Spiegel*-Chefredaktorin Melanie Amann, dass ihrem Magazin der hochgeheime Bericht vorliege. «Eigenartigerweise fragte keiner in der Runde, warum der *Spiegel* ein Dokument hat, das die anderen Medien und auch die AfD selbst nicht haben», bemerkt der Autor Rainer Zitelmann. Werden wir hier gerade Zeugen eines modernen Schauprozesses, bei dem Vorwürfe wie ein feststehendes Urteil wirken und bei dem die uneigentlich Angeklagten schon allein durch die Inszenierung der ihnen unterstellten bösen Absichten vor dem Gerichtshof der öffentlichen Meinung zermürbt und gebrochen werden sollen? Verständlich, wenn dies Erinnerungen an historische Romane wie Arthur Koestlers grandios-düstere «Sonnenfinsternis» oder an Franz Kafkas absurde Schuldszenarien wachruft.

Das Zusammenspiel mit Medien, die die AfD ohnehin seit Jahr und Tag wie einen aussätzigen

Paria behandeln und in die rechte Schandecke stellen, funktioniert jedenfalls wie geschmiert. Georg Restle, der Leiter des ARD-Magazins «Monitor», verkündete, der Verfassungsschutzentscheid müsse Folgen haben, auch für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk: Eine «Gleichbehandlung» von Rechtsextremisten verstosse gegen den Programmauftrag: «Verfassungsfeinden darf keine Bühne gegeben werden. Nicht in Talks, nicht in der <Tagesschau>.»

So bestärken sich die AfD-Gegner innerhalb und ausserhalb des Staatsapparats gegenseitig. Die Frage, welcher Stellenwert und welche Legitimität, ja Legalität den Vorhaltungen der Schnüffler zukommt, wird ausgeblendet. Dietrich Murswiek, emeritierter Professor für

Staats- und Verwaltungsrecht an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, sagt in einem Video-Interview mit der *Weltwoche*, es handle sich bei der umstrittenen Einstufung um «nichts anderes als eine Meinungsäusserung des Verfassungsschutzes». Mehr an Objektivität sei «da einfach nicht drin», auch wenn man sich auf ein Gutachten stütze. Die AfD könne genauso gut ihre Überzeugung zum Ausdruck bringen und sagen: «Wir sind gesichert demokratisch.» Murswiek geht noch weiter: Wie der Verfassungsschutz in diesem Fall vorgehe, sei «strafbar».

Ähnlich sieht es sein Kollege Rupert Scholz, emeritierter Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Ludwig-Maximilians-Universität München und früherer Bundesver-

teidigungsminister unter Kanzler Helmut Kohl. In einer Einschätzung für die *Weltwoche* schreibt er: «Das sogenannte Gutachten des Verfassungsschutzes erscheint nicht nur inhaltlich abwegig

Warum sind die EU und der Europarat nicht längst eingeschritten?

und damit mehr oder weniger nur parteipolitisch ausgerichtet zu sein. Das Verfahren, das der Verfassungsschutz und Frau Faeser hier gewählt haben, ist rechtsstaatswidrig und damit unstatthaft.» (Ganzer Artikel online verfügbar.)

In ihrer Klage listet die AfD aus ihrer Sicht eine ganze Reihe von juristischen Mängeln und Verfehlungen auf, von der ausgebliebenen Anhörung über eine Verletzung des Sachlichkeits- und Neutralitätsgebots bis zur «rechtswidrigen Bekanntgabe der Einstufung» und «unheilbaren Verstössen gegen europäisches Recht». In der Tat fragt man sich, warum die EU oder der Europarat nicht längst eingeschritten sind. Wo bleibt der Rüffel von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen? Wo die Sorgenfalten von Generalsekretär Alain Berset? Jedes andere Land würde ein Verfahren kassieren, wenn es so unverfroren gegen die demokratische Opposition vorgehe.

Zweifel an seiner Unabhängigkeit und Neutralität nährt ironischerweise der Geheimdienst selbst: Der ehemalige Präsident Thomas Haldenwang (CDU) offenbarte entwaffnend ehrlich, der Verfassungsschutz sei «nicht allein» dafür zuständig, die Umfragewerte der AfD zu senken. Deutlicher kann man nicht ausdrücken, dass die Spione im Regierungsauftrag eine parteipolitische Agenda verfolgen. Damals war die AfD erst ein Verdachtsfall, und weil ihre Umfragewerte trotzdem nicht gesunken, sondern nur weiter und weiter gestiegen sind, greift die offenbar zu allem entschlossene Behörde nun zur nächsten und höchsten Eskalationsstufe.

Zehn Millionen Republikfeinde?

Entwickelt sich die Bundesrepublik zur illiberalen Demokratie autoritärer Prägung? Landet Alice Weidel schon bald auf dem Scheiterhaufen? Wird Tino Chrupalla gevierteilt? Natürlich alles unterhalb der Strafbarkeitsgrenze, das ist ja das Perfidie an diesem Gesinnungswächtertum. Und was geschieht mit den Wählern der AfD, die immerhin einen Fünftel bis einen Viertel des gesamtdeutschen Elektors ausmachen (im Osten sogar schon ein Drittel)? Erklärt man zehn Millionen Deutsche zu Verfassungs- und Republikfeinden? Will man sie wegzaubern, umpolen, zwangsbekehren zur schwarz-rot-woken Staatsreligion?

Vergessen scheint jedenfalls das aufgeklärt-liberale Credo Friedrichs des Grossen, dass jeder nach seiner Façon selig werden möge – ein Meilenstein der Meinungsfreiheit und Toleranz in deutschen Landen.



Vergessen ist das aufgeklärt-liberale Credo Friedrichs des Grossen: Regierungschef Merz, 6. Mai.